

Tag der Wirtschaft
Präsidentiansprache
Freitag, 29. August 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Gemeinsam gewinnen

Herausforderungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Heinz Karrer, Präsident

Ich blicke als Präsident von economiesuisse auf zwölf spannende und intensive Monate zurück. In meinem ersten Amtsjahr musste ich gleich auf präsidentiale Touren kommen. Zum Glück hat mich mein früherer Arbeitgeber bei meinem Abschied Ende Januar nochmals richtig unter Strom gesetzt. Meine Batterien im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen waren damit komplett aufgeladen und ich habe mein Amt mit voller Energie angetreten. Ich möchte auf fünf Punkte zurückblicken, die die Wirtschaft und mich in meinem ersten Präsidentschaftsjahr beschäftigt haben.

- Diesen Herbst erscheint die Neuauflage des «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance». Im Vordergrund stehen insbesondere Themen wie die nachhaltige Unternehmensführung als Führungsprinzip, die Entschädigung des obersten Managements sowie die Diversität des Verwaltungsrats. Es freut mich sehr, dass wir mit dem neuen «Swiss Code» ein klares Bekenntnis zu einer modernen Corporate Governance machen und diesen nach einer breiten öffentlichen Konsultation schon bald in seiner finalen Version der Öffentlichkeit präsentieren können.
- In sehr guter Erinnerung ist die Feier zum Inkrafttreten des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und China vom 1. Juli. Es markiert einen Meilenstein in der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik und bringt umfangreiche Handelserleichterungen für die Schweizer Wirtschaft. Konkret werden in den kommenden Jahren bei etwa 95 Prozent unserer exportierten Ware nach China die Zölle sinken oder gar ganz wegfallen. Dank der ausgehandelten Evolutivklausel werden wir alle zwei Jahre zudem über einen noch weiter gehenden Zollabbau diskutieren können.
China als grösster Wachstumsmarkt mit seiner weltweit führenden Hightechindustrie birgt ein enormes Potenzial, sowohl für Schweizer Grosskonzerne wie auch für unsere KMU. Mit dem Freihandelsabkommen erhält die Schweizer Wirtschaft im internationalen Wettbewerb somit viele Vorteile. Nun müssen unsere Unternehmen das Freihandelsabkommen aber auch nutzen. Dazu sind zusätzliche Basisinformationen und Fachtagungen vorgesehen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich Aussenwirtschaft helfen hier gerne weiter.

- Auch an der Abstimmungsfront konnten wir mit unseren Erfolgen gegen die 1:12- und die Mindestlohn-Initiative punkten. Beide Male hat das Schweizer Stimmvolk linke Angriffe auf den liberalen Schweizer Arbeitsmarkt souverän pariert und einem staatlichen Lohndiktat eine klare Absage erteilt. Dies waren zweifelsohne deutliche Signale zugunsten eines wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorts Schweiz.
Das knappe Ja zur Masseneinwanderungsinitiative stellt uns hingegen vor grosse Herausforderungen. Eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten will die Zuwanderung aus der EU wieder zahlenmässig begrenzen. Politik und Wirtschaft müssen nun sicherstellen, dass dieser Auftrag möglichst in Einklang mit den bilateralen Verträgen mit der EU umgesetzt werden kann. Zuviel steht sonst auf dem Spiel.
- Erwähnen möchte ich zudem die intensiven verbandsinternen Arbeiten, die economiesuisse in den letzten Monaten geleistet hat. So haben die Geschäftsstelle und die Führungsgremien den wirtschaftspolitischen Referenzrahmen weiterentwickelt. Auf dessen Basis sind die mittelfristigen Chancen und Gefahren sowie die unmittelbaren strategischen Prioritäten definiert. Sie finden übrigens eine detaillierte Beschreibung hierzu in unserem aktuellen Jahrbuch.
- Und schliesslich ist es mir eine grosse Freude, Ihnen Monika Rühl vorzustellen, die per 1. September offiziell die neue Direktorin von economiesuisse sein wird. Gleichzeitig danke ich dem noch bis übermorgen amtierenden Direktor ad interim, Prof. Rudolf Minsch, aber auch der ganzen Geschäftsleitung für den grossen Einsatz in diesem schwierigen Jahr. Durch das unermüdliche Engagement kann Frau Rühl nun in eine gut organisierte und gefestigte economiesuisse eintreten.

1 Europapolitik

Die beiden Hauptpunkte meines Referats möchte ich mit einem Zitat des französischen Schriftstellers und Malers Francis Picabia einleiten: «Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann.» Das ist auch nötig, denn die Herausforderungen, die sich in der Schweiz in bestimmten Politikbereichen derzeit stellen sind derart gross, dass wir mit dogmatischen Positionen nicht weit kommen. Dies gilt insbesondere für das zukünftige Verhältnis der Schweiz zu Europa.

Hier sind wir derzeit mit einer äusserst kniffligen Situation konfrontiert. Knifflig insofern, weil nicht nur eine Vielzahl von Akteuren involviert ist, sondern weil parallel gleich an verschiedenen Tischen verhandelt wird. Das Szenario ist klar: Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU sind unter Druck. Mit einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens würden nicht nur bedeutende Abkommen wegfallen. Ohne die Bilateralen wird unseren Unternehmen ganz grundsätzlich der Zugang zum europäischen Binnenmarkt massiv erschwert. Dass dies bei in- und ausländischen Investoren schon heute grosse Verunsicherung auslöst, ist alarmierend. Alarmierend ist auch, dass wir uns derzeit noch ganz anderen Fragen ernsthaft stellen müssen:

- Was passiert mit einer auf Innovation basierten Schweizer Wirtschaft, wenn sich die administrativen Hürden für den EU-Markt massiv erhöhen? Was geschieht, wenn etwa in der Schweiz hergestellte Maschinen oder Medizinprodukte aufgrund der unterschiedlichen Normierungen nicht mehr ohne Weiteres in die EU exportiert werden können? Bisher sparte unsere Exportindustrie durch den Abbau technischer Handelshemmnisse jährlich nämlich 200 bis 500 Millionen Franken. Das wiederum ermöglichte ihr zum Beispiel wichtige Investitionen in Forschung und Entwicklung.

- Was heisst das für unsere Industrie, wenn sich unsere Firmen nicht mehr um Aufträge im öffentlichen Beschaffungswesen der EU bewerben können? Diese belaufen sich auf ein Volumen von 1500 Milliarden Franken – pro Jahr.
- Welche Auswirkungen hat der Wegfall des Landverkehrsabkommens auf die Schweiz als wichtige Verkehrsdrehscheibe in Europa? Was heisst das für die Verlagerungspolitik des Bundes und für die LSVA? Was geschieht, wenn die wichtige Hubfunktion des Flughafens Zürich für Wirtschaft und Tourismus gefährdet ist? Vergessen wir nicht, dass heute jeder dritte Tourist im Flugzeug in die Schweiz reist und unsere Exportwirtschaft 40 Prozent ihrer wertmässigen Ausfuhren über die Luftfracht abwickelt.
- Werden wir auch in Zukunft über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt verfügen, wenn uns mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit gemäss Schätzungen von Curaviva allein im Pflegebereich pro Jahr über 6000 Fachkräfte fehlen werden? Wenn Ärzte in Zukunft ihre Familien nicht mehr nachziehen können oder der Lebenspartner in der Schweiz keine Arbeitserlaubnis erhält, wie gut sind wir dann aufgestellt, wenn auch im übrigen Europa zu wenig Ärzte verfügbar sind?

So düster die Aussichten, so verblüffend einfach sind die Spielregeln. Sie lassen sich sogar in einem Wort zusammenfassen: Kooperation. Die EU und die Schweiz können nämlich nur gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren. Schwierig ist nur, dass sich die Akteure dessen nicht immer bewusst sind.

- Wissen die Kritiker der bilateralen Verträge, wie stark die Schweizer Wirtschaft mit der EU dank den bilateralen Verträgen verflochten ist? Jüngste Untersuchungen zeigen gar, dass unser Land stärker in den EU-Binnenmarkt integriert ist als die meisten Mitgliedsländer der Union selbst.
- Ist sich die EU bewusst, wie stark sie von der Schweizer Wirtschaft profitiert? Neben den 280'000 Grenzgängern und den 1,2 Millionen eingewanderten EU-Bürgern, die in der Schweiz Arbeit finden, kauft die Schweiz viel mehr Güter und Dienstleistungen aus der EU als umgekehrt. Unser Land nimmt als dritt wichtigster Handelspartner fast zehn Prozent aller exportierten Waren und Dienstleistungen aus der EU ab. Mit einem Handelsbilanzüberschuss von gut 90 Milliarden Franken zugunsten der EU sind wir für ihre Wirtschaft ein regelrechter Exportmotor.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass wir bei einem Wegfall der bilateralen Verträge mit der EU nicht einfach an die Situation von 1992 anknüpfen können, als die Schweiz den EWR abgelehnt hat. Die Welt hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu stark verändert. Gemäss Berechnungen des Forschungsinstituts Prognos wäre unser BIP ohne diese enge Verbindung heute etwa 200 Milliarden Franken tiefer. Anders ausgedrückt: Wir würden uns immer noch auf dem Stand der 1990er-Jahre bewegen und unser Pro-Kopf-Einkommen wäre um rund ein Viertel niedriger.

Trotz dieser engen Verflochtenheit mit der EU muss gegenwärtig von einer Blockierung gesprochen werden. Die neue Europäische Kommission wird ihre Arbeit erst gegen Ende des Jahres richtig aufnehmen können und bei uns stehen bekanntlich im nächsten Jahr Wahlen an. Leider haben wir in der Zwischenzeit von der EU beim Personenfreizügigkeitsabkommen ein erstes klar negatives Signal erhalten. Umso wichtiger ist es, in der jetzigen Situation einen kühlen Kopf zu bewahren und uns konstruktiv in die Diskussion einzubringen. Gleichzeitig dürfen wir unsere übrigen Erfolgsfaktoren nicht auch noch fahrlässig aufs Spiel setzen. Hier braucht es Gelassenheit und eine gesunde Portion Pragmatismus auf beiden Seiten.

Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird dadurch ein risikoreiches Unterfangen. Wie kann der Verfassungsartikel bei gleichzeitiger Wahrung der bilateralen Verträge mit der EU umgesetzt

werden? Gleichzeitig fragt sich die Wirtschaft, wie sie in Zukunft die benötigten Fachkräfte erhalten soll. Denn so wichtig eine verstärkte Integration älterer Arbeitskräfte und Frauen in den Arbeitsprozess auch ist, den Fachkräftemangel werden wir dadurch bei Weitem nicht beheben können. Die Schweiz wird weiterhin auf ausländische Ingenieure und Facharbeiter in den unterschiedlichsten Branchen angewiesen sein.

Auch hier stehen derzeit die Idealvorstellungen unterschiedlicher Akteure im Raum. Wie immer ein Migrationsmodell letztlich aussieht, aus Sicht der Wirtschaft sind drei Kriterien spielentscheidend:

- aussenpolitische Akzeptanz;
- grösstmögliche Flexibilität für die Unternehmen;
- der Verfassungsauftrag muss respektiert, der Spielraum aber ausgenutzt werden.

Meine Damen und Herren, sowohl bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative als auch beim Verhältnis zur Europäischen Union ist eine schnelle Lösung kaum realistisch. Es braucht sowohl in der Schweiz als auch bei der EU Zeit, viel Überzeugungsarbeit und Verhandlungsgeschick, damit man für beide Seiten zu einer konstruktiven Lösung kommt.

Deshalb lehnen wir die Ecopop-Initiative, die noch viel dramatischere Beschränkungen der Zuwanderung vorsieht, entschieden ab. Sie fordert, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz aufgrund der Zuwanderung nur noch um maximal 0,2 Prozent wachsen darf. Gleichzeitig soll die Schweiz mindestens zehn Prozent ihres Budgets für Entwicklungszusammenarbeit für Verhütungsmassnahmen und Familienplanung reservieren. Die Vorstellung, dass die Verringerung der Kinderzahl in anderen Staaten in der Schweizer Verfassung festgeschrieben werden soll, ist geradezu absurd. Oder würden wir es schätzen, wenn Entwicklungsländer Ziele für unsere Bevölkerungsentwicklung vorgeben würden? Viel schlimmer noch ist aber der Umstand, dass die Initiative die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes abwürgen würde. Während wir derzeit über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative diskutieren und mit der EU vor schwierigen Verhandlungen stehen, wäre es fatal, die Zuwanderung zur Schweiz mit einer starren Quote drastisch zu reduzieren. Die Wirtschaft wird sich deshalb mit ganzer Kraft gegen diese für den Schweizer Wohlstand schädliche Initiative einsetzen.

2 Wirtschaft und Gesellschaft

Vom Verhältnis zu Europa möchte ich nun noch über eine andere Herausforderung sprechen, die für die Wirtschaft in den letzten Jahren mehr und mehr an Dringlichkeit und Relevanz gewonnen hat. Ich spreche vom Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Auch hier hat das Denken – um nochmals den Franzosen Picabia zu zitieren – mehr und mehr die Richtung geändert. Bisher kaum hinterfragte Grundsätze, Verhaltensmuster und Machtgefüge sind ins Wanken geraten.

Wir alle erinnern uns: Zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs sprach man von *economiesuisse*, bzw. vom Vorort, als dem 8. Bundesrat. Die Wirtschaft hatte einen direkten Draht zur Politik. Die Bedürfnisse kleiner und grosser Unternehmen wurden gleichermassen akzeptiert. Es schien, dass man sich über die zentralen Pfeiler des Erfolgsmodells Schweiz als Ursprung unseres Wohlstands einig war. Dieses gemeinsame Grundverständnis ist jedoch in den letzten Jahren nach und nach schwächer geworden. Wir müssen feststellen, dass wir es mit einem Vertrauensschwund gegenüber etablierten Institutionen wie Politik, Armee oder der Kirche zu tun haben. Interne Vorgänge sind heute transparenter, Verfehlungen – auch vermeintliche – werden rascher publik gemacht und von der Öffentlichkeit sofort moralisch be- und meist auch verurteilt. In diesem Kontext hat auch das Ansehen «der Wirtschaft» bei der Bevölkerung gelitten. Zwei an sich zusammengehörende Hälften haben sich immer stärker voneinander entfremdet. Vermutlich hängt das auch damit zusammen, dass Wirtschaftsvertreter immer weniger bereit waren, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen, sei es als Parlamentarier oder als engagierte Stimme in der Öffentlichkeit.

Auch innerhalb der Wirtschaft selbst haben sich Risse gebildet. So werden KMU heute als Rückgrat unserer Wirtschaft bezeichnet. Dass in den letzten Jahren aber jeder zweite Arbeitsplatz in der Schweiz durch multinationale Unternehmen geschaffen wurde, dass diese in der Schweiz für fast drei Viertel aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben verantwortlich sind oder dass rund 80 Prozent aller KMU in eine internationale Wertschöpfungskette eingebunden sind, das alles wird kaum gehört. Und falls doch, fegt man es beim nächsten negativen Einzelereignis vom Tisch – ich denke hier etwa an die Entschädigungsexzesse. Dabei ist gerade ein konstruktives Miteinander von Klein- und Grossunternehmen ein wesentlicher Faktor für unsere stabile Wirtschaftsordnung und unseren Wohlstand.

Uns ist bewusst, dass dieser (teilweise auch hausgemachte) Vertrauensverlust der Wirtschaft nicht neu ist. Leider ist es uns aber noch immer nicht gelungen, diesem entgegenzuwirken. Wir kommen jedoch nicht darum herum, denn wenn der Wirtschaft nicht mehr zugetraut wird, unerwünschte Nebenwirkungen eines freien Marktes in einem von der Gesellschaft akzeptierten Toleranzbereich zu halten, dann sind die Folgen wie wir sehen absolut real: Es kommt zunehmend zu staatlichen Überregulierungen, die unternehmerische Freiheit wird eingeschränkt, die Unsicherheit wächst und starre Einschränkungen finden in unserer Demokratie Mehrheiten. Die Folgen staatlicher Industriepolitik oder eines überregulierten Arbeitsmarktes muss ich nicht im Detail skizzieren. Ein Blick nach Italien oder Frankreich genügt vollkommen. Von solchen Entwicklungen sind grosse internationale Konzerne und KMU gleichermaßen betroffen. So sind gerade mittelständische Unternehmen häufig nicht mehr so klein, dass sie von gewissen Auflagen befreit werden, aber auch noch nicht so gross, dass sie für deren Umsetzung eigene Abteilungen beauftragen können.

Meine Damen und Herren, die Problemdiagnose weiter zu verlängern, wäre müssig. Die wichtigere Frage ist doch, was wir als Vertreter der Wirtschaft dagegen tun? Wie können wir in Politik und Gesellschaft wieder verstärkte Mehrheiten für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Unternehmen nach ihren Interessen und Bedürfnissen entwickeln können und die Gesellschaft insgesamt davon profitiert?

Ein wichtiger Punkt ist, dass sich die Wirtschaft wieder aktiver um einen respektvollen Dialog mit Bevölkerung und Politik bemüht. Dazu gehört, sich für deren Anliegen, Interessen und Bedürfnisse zu sensibilisieren und diese in Überlegungen und Handlungen bestmöglich einzubeziehen.

Des Weiteren muss es uns besser gelingen, die Funktionsweise der globalisierten Schweizer Wirtschaft und deren Bedeutung für den Wohlstand in der Schweiz auf verständliche und einfache Art und Weise der Bevölkerung zu vermitteln. Konkret geht es etwa darum, durch verstärkte Präsenz an Schulen, in den Regionen und den Medien sowie im Kontakt zur Politik Licht in die «Black Box» Wirtschaft zu bringen. Diesbezüglich gehen etwa die Industrie- und Handelskammern bereits mit gutem Beispiel voran. Sie unterstützen in ihren Regionen vielfach die regelmässig von der Ernst Schmidheiny Stiftung organisierten Wirtschaftswochen an Gymnasien. Aber auch der Verein Jugend und Wirtschaft baut eine wichtige Brücke zwischen Wirtschaft und Schulen. Als Wirtschaftsdachverband kann economiesuisse hier gerade auch auf inhaltlicher Ebene zur Seite stehen.

Ein weiteres Projekt, das ich explizit erwähnen möchte, ist Young Enterprise Switzerland, oder YES, wie es abgekürzt genannt wird. YES betreut seit gut 15 Jahren praxisorientierte Wirtschaftsbildungsprogramme an Schweizer Schulen. Dabei engagieren sich Wirtschaftsvertreter aktiv im Klassenunterricht und geben so direkt Einblicke in die Funktionsweise der Schweizer Wirtschaft. Für die Mittelstufe bietet Young Enterprise Switzerland zudem sogenannte Company-Programme an. Dabei erfahren die Schülerinnen und Schüler am eigenen Leib, was es heisst, unternehmerisch tätig zu sein: Sie gründen und führen nämlich selbst während eines Jahres ein Miniunternehmen. Das beste Unternehmen reist dann jeweils an die europäische Endausscheidung und misst sich mit anderen Miniunternehmen des Kontinents. Auch hier zeigt sich, dass die Schweizer Nachwuchswirtschaft äusserst wettbewerbsfähig ist. Seit 2001 stellte unser Land nämlich drei Mal den Gewinner und kam insgesamt sieben Mal

aufs Podest. Und wie so ein Miniunternehmen aussieht, davon wollen wir uns im Anschluss gleich selbst ein Bild machen.

Meine Damen und Herren, solche und noch viele andere Projekte und Initiativen sind es, die uns helfen, die Zusammenhänge unserer Schweizer Wirtschaft in Zukunft wieder besser vermitteln zu können. Der Unternehmer Henry Ford hat es treffend formuliert: «Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor. Sie beginnt im Klassenzimmer.» Als Dachverband der Schweizer Wirtschaft erachten wir es als unsere zentrale Aufgabe, dass wir uns auch in diesem Bereich in Zukunft noch stärker engagieren. Es gilt, die in vielen Regionen und Branchen bereits erfolgreich laufenden Projekte zu unterstützen, zu vernetzen und weiterzuentwickeln.

Dies bringt mich zum Herzstück dieses Puzzles: Wir als Wirtschaftsvertreter selbst sind gefordert. Wenn wir nicht bereit sind, uns wieder aktiv in den Dialog mit der Gesellschaft einzuklinken, wenn es uns nicht gelingt, durch unser Handeln wieder Vertrauen zu schaffen, und wenn wir es nicht schaffen, wieder eine gemeinsame Identität der Wirtschaft zu formen, dann nützen auch die vielen guten Projekte nicht viel. Wir können dies nicht nur an Verbände oder an deren Vertreterinnen und Vertreter delegieren. Lassen Sie uns mit gutem Beispiel voranschreiten und wo immer möglich offen auf Politik und Bevölkerung zugehen. Auch unsere Köpfe sind rund und auch unser Denken kann die Richtung ändern. Unser Auftrag ist und bleibt derselbe – wir engagieren uns für gute Rahmenbedingungen für die Schweizer Wirtschaft und damit für den Wohlstand der ganzen Schweiz. Denn letztlich funktioniert die Wirtschaft ohne den Einsatz motivierter Arbeitskräfte nicht. Wir alle sind die Wirtschaft. Gerade das Beispiel der aktuellen Diskussionen um die Reform der Altersvorsorge zeigt für mich deutlich, dass es den Wirtschaftsverbänden mit konstruktiven Vorschlägen gelingen kann, die Debatte aktiv und glaubwürdig mitzugestalten und so einen wertvollen Beitrag für politische Lösungen zu leisten.

Doch alleine mit konstruktiven Vorschlägen ist es nicht getan. Wir können mehr tun und unsere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft auch wahrnehmen, indem wir neben neuen Ideen auch bewährte Institutionen stärken. Ich denke hier vor allem an das Milizsystem. Die Verknüpfung von beruflicher Tätigkeit und politischem Engagement ist – da bin ich überzeugt – auch in Zukunft ein zentraler Pfeiler unseres Schweizer Erfolgsmodells. Darum sind wir derzeit daran, eine entsprechende Initiative seitens der Wirtschaft zu lancieren, die sich optimal in die Arbeiten rund um das Thema Wirtschaft und Gesellschaft einfügt. Beteiligte Unternehmen verpflichten sich darin, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Mitarbeitende aktiv zu unterstützen, die ein politisches Amt übernehmen, dafür kandidieren oder bereits ausführen – und zwar unabhängig von ihrer Gesinnung. Die Unternehmen bemühen sich zum Beispiel, adäquate Teilzeit- und mobile Arbeitsmodelle zu fördern, sie stellen Arbeitszeit und Arbeitsort zur Verfügung oder sie fördern den politischen Diskurs und schaffen im Rahmen ihrer Möglichkeiten Plattformen im Umfeld von Wahlen und Abstimmungen.

Sie sehen, die Arbeiten haben begonnen. Helfen Sie mit, dass die Schweiz bleibt, was sie ist: ein wohlhabendes Land mit hoher Lebensqualität und attraktiven Arbeitgebern. Oder wie es meine Kollegin, Karin Lenzlinger, Präsidentin der Zürcher Handelskammern, kürzlich an ihrer Generalversammlung auf den Punkt gebracht hat: «Bringen wir die Wirtschaft zurück an den Tisch.»

Sie sehen, welche Themen mir besonders wichtig sind. Die Schweiz wird in den nächsten Jahren aber noch viel mehr beschäftigen und bewegen als die Europapolitik und das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Bewegung kommt derzeit sprichwörtlich auch ins Verkehrsdossier. Mobilität ganz allgemein ist im Wandel und mit ihr sind es auch die politischen Rahmenbedingungen und Vorgaben. Das Thema wurde beispielsweise auch im Vorfeld der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative immer wieder heiss diskutiert. Deshalb möchten wir Mobilität am heutigen Tag der Wirtschaft näher beleuchten und dabei auch einen Blick in die Zukunft wagen. Frau Daniela Lager wird uns durch diesen Anlass begleiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen viel Vergnügen.

Bevor wir nun aber mit dem Programm weiterfahren, begrüße ich wie angekündigt die Führungsriege des Miniunternehmens «Belle Elle» bei uns auf der Bühne. Die Schülerinnen der Alten Kantonsschule Aarau haben mit ihrer Geschäftsidee die diesjährige nationale Endausscheidung von Young Enterprise Switzerland gewonnen. Wir sind alle sehr gespannt auf ihre Präsentation.